

In Köln 45.000 gegen ein rechtes Europa

Köln, 19.05.2019, Hans-Dieter Hey

„Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus“ hieß es bundesweit, so auch in Köln. Mit dem Aufruf „Gemeinsam sind wir stark“ wollte man ein starkes Zeichen setzen gegen den Rechtspopulismus und Neofaschismus. In Köln kamen gefühlte 45.000 Menschen zusammen, um friedlich ein soziales Europa einzufordern. Das „betreute“ Demonstrieren wurde von einem großen Polizeiaufgebot zu Lande, zu Wasser und zur Luft begleitet. Bundesweit wurden mindestens 150.000 Menschen geschätzt. Aus

Alexander Trennhäuser von „Mehr Demokratie“ fordert für Europa mehr davon: „Wir wählen das Europäische Parlament seit 40 Jahren direkt. Und wir müssen es jetzt unterstützen damit sie es hinbekommen, sich mehr Rechte zu erkämpfen.“ Die Parteien müssten unterstützt werden, die ein starkes Parlament und mehr Demokratie wollen.“

Bernhard Bornhorst von VENRO, dem Verband für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, setzt sich für eine gerechtere Gesellschaft in dieser globalisierten Welt ein, daher müssen dieses Europa seiner Verantwortung bewußt werden und dürfe niemanden auf der Welt die Zukunft rauben. Bisher verschärfe Europa die Situation in der Welt. Die bei uns zu lösenden Fragen mit anderen Teilen der Welt verbunden. „Wenn wir hier zum Beispiel darum ringen, wie wir uns ernähren können, wie wir Tierquälerei, Massentierhaltung oder die Verseuchung unserer Böden durch industrielle Landwirtschaft beseitigen, dann hat das ganz viel damit zu tun, dass durch uns Menschen in anderen Teilen der Welt die Lebensgrundlagen geraubt werden.“

Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde, ist überzeugt, dass diese existenziellen Fragen mit Rechtspopulisten nicht gelöst werden können. 1946 meinte Winston Churchill, „das Europa das beste Mittel gegen Krieg sei. Das Unheil, die europäische Katastrophe, kann sich so nicht wiederholen, wenn es die vereinigten Staaten von Europa gibt.“ Die Gefahr bestehe aber, fragte er sich, dass die Unbelehrbarkeit der Menschen die einzige Lehre der Geschichte sein könne. „Heute muss man sich fragen angesichts der Nationalisten und Rassisten – ich sage nicht Rechtspopulisten, das ist viel zu verharmlosend – es sind Nationalisten und Rassisten, und so muss man sie auch nennen.“ Und weiter: „Der Menschheit droht heute die reale Gefahr des doppelten Selbstmordes. Das sei einmal durch die Aufrüstung und zum anderen durch den Klimawandel (...) Was ist das für ein Irrsinn, das heute 1,9 Billionen US-Dollar für das Militär ausgegeben wird.“ Auch in Deutschland seien die Militärausgaben seit 2014 um 34 Prozent gestiegen. Wir bräuchten „ein Stopp der Militarisierung der Politik und der Neuaufrüstung der Atombomben“.

Betriebsrätin von Ford, Katharina von Hebel Situation in England. Eine Jugend, die den Brexit in Großbritannien nicht ernst genommen habe, sei nun von einem Beinahe-Zusammenbruch eines politischen Systems betroffen. „Warum? Weil Nationalismus, Rechtspopulismus und Fake-News das Kommando übernommen hat.“ Hier sollen 3.800 Leute ihre Arbeit verlieren. Und auch das sei eine Folge des Brexit. Deshalb brauchen wir ein starkes Europa. „Neoliberale Politiker in ganz Europa haben die Banken und die Finanz- und Staatsschuldenkrise gegen kollektive Arbeits- und Tarifrechte missbraucht. Die Folgen sind prekäre Arbeitsverhältnisse und ein großer Niedriglohnsektor. Und deshalb sagen wir klar und deutlich: Wir kämpfen für ein soziales Europa.“ „Das wollen wir uns nicht kaputt machen lassen von Nationalisten oder Rechtspopulisten“.

Christiane Kühnrich von Attac: „Die Europäische Union, so wie sie jetzt verfasst ist, betreibt eine aggressive, marktradikale Handels- und Wirtschaftspolitik. Im Inneren durch Kürzungen und Konkurrenz und nach außen gegenüber den Ländern des Südens. Sie zwingt diese Länder, auf Zölle zu verzichten und ihre heimischen Märkte für subventionierte Produkte aus europäischen Staaten zu öffnen. Damit zerstört sie unter anderem kleinbäuerliche Existenzen in afrikanischen Ländern.“ Dies würde mit 58 Mrd. Euro jährlich subventioniert. Eine Folge dieser Politik zwingt Menschen auch zur Flucht. „Wer Fluchtgründe beseitigen will, muss gerechte Handelsbedingungen schaffen.“ Und weiter: „Wer Nationalismus bekämpfen will, muss gerechte Handelsbedingungen betreiben. Hier in Europa und weltweit.“

Lisa Reichmann von Campact: „Es ist höchste Zeit, dass wir zusammen aufstehen. Denn die Orbans und Salvini, die Le Pen und Martens wollen Europa von innen zerstören.“ Und „wer das Parlament für Hass, Hetze und Rassismus missbraucht, der trifft auf unseren tausendfachen Widerstand.“ „Wir brauchen Europa als Friedensprojekt, aber wir brauchen ein anderes Europa.“ Sie attackiert vor allem die Politik an den europäischen Grenzen. „Was dort passiert, ist Barbarei.“ Auch eine EU, die ihren Süden kaputtspart, habe keine Zukunft. „Wir können Europa ändern, deshalb ist dieser Tag so wichtig!“

Pia Klemp: „Ich war Kapitänin der Seawatch III und des Rettungsschiffes Juventa im Mittelmeer. Ich war auch dabei, als die Juventa 2017 unter fadenscheinigen Begründungen in Italien beschlagnahmt wurde, wo es bis heute an der Kette liegt. Ein Schiff, mit dem über 14.000 Menschen in Seenot das Leben gerettet wurde. Die EU setzt seit Jahren auf Migrationsabwehr, lässt Menschen wissentlich ertrinken, macht Migranten und Migrantinnen zu Illegalen und finanziert Libysche Milizen, die in unserem Namen Menschen in Internierungslagern in einem Bürgerkriegsland verschleppen. Mit ihrer Abschottungsstrategie ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt.“ Menschenrechte seien „nicht zu unserem persönlichen Vorteil da, sondern sie sind vor allem eine Verpflichtung. Mit jedem jedem Ertrinkenden im Mittelmeer ertrinkt die Würde eines Europäers.“ (Hans-Dieter Hey, Fotos: Uwe Bitzel und Hans-Dieter Hey)